

Schritte auf dem Weg zu einer demokratischeren Schule

Vortrag bei der Tagung „Schule in der Demokratie - Demokratie in der Schule“
Nürnberg, Haus der Pädagogik, 25. April 2009

Mir ist der Komparativ sehr wichtig. Nicht nur wegen der gebotenen Bescheidenheit und Fairness des Urteils. Wer zu einer „demokratischeren“ Schule gelangen will, der beschreibt damit eine Aufwärtsentwicklung, kann Stationen des Aufstiegs markieren und ist gegen Schwarzweiß-Malerei gefeit. Vor allem schlummert in dem Komparativ die Veränderbarkeit; und das ist nicht selbstverständlich.

Als Schulkind habe ich erlebt, wie meine Lehrerin die Kinder von armen Leuten vor der entsetzt zuschauenden Klasse schlug. Sie kamen aus der Kirchstraße, und das war in der ostfriesischen Kleinstadt ein düsterer Ort. Meine Eltern, denen ich empört berichtete, meinten, da könne man nichts machen. Ich selber war als Sohn des Bankdirektors gut geschützt; niemals hätte Frau Tauber gewagt, mich anzufassen. Es lag solch ein Odium von Scham und Schande über den Züchtigungen, dass unter uns Kindern darüber nie gesprochen wurde. Aber mein Gerechtigkeitsgefühl war zu tiefst verletzt. Ich denke heute: wir alle waren traumatisiert.

Das war die Schule der frühen Bundesrepublik, mit ihren Monstren in unsichtbaren Wehrmachtsuniformen, über deren Vergangenheit „vor 45“ nur getuschelt wurde, die Schule einer formalen Demokratie, die uns traumatisiert hat und uns dann, als Acht- und sechziger, anstachelte, für eine wirkliche Demokratie zu kämpfen.

Aber was ist Demokratie? Wir sind beim

1. Schritt: Klären, was Demokratie heißt

Die Entwicklung unserer Schulen zu Schulen der Demokratie krankt an einem zu engen Demokratiebegriff. Wer Demokratie sehr eng definiert, nur im Sinne der „polity“, als verfasste Form der durch Volkssouveränität legitimierten Herrschaft, kommt dann bei der Schule rasch auf komische Gedanken - auf die permanente Abstimmung der Schüler über ihre Noten zum Beispiel. Wenn man Demokratie hingegen auch als Gesellschafts- und als Lebensform definiert, lässt sich ein Verständnis von Schule entwickeln, das den alltäglichen Umgang miteinander unter Maximen der Gewaltfreiheit, der Nichtdiskriminierung, des Respekts und der Kompetenz „to relate well to others“ (OECD-Key Competencies) stellt. Wenn die Schule dem Schüler die Möglichkeit bieten will, sich zu einem aktiven Demokraten zu entwickeln, dann bedarf es hierfür der Gelegenheit realer Erfahrung - und nicht allein der Verfassungslektüre. Demokratie ist dann nicht einfach nur ein trockenes Thema, das in die Zuständigkeit der gesellschaftlichen Fächer fällt - sondern sie prägt als „Habitus“ - wie Wolfgang Edelstein das genannt hat - die gesamte Pädagogik und das Schulleben.

Damit sind wir bei der Verantwortung der professionellen Akteure und bestimmen als

2. Schritt: Die Lehrkräfte zum Loslassen ermutigen und ermächtigen

Denn wo ist eigentlich das Hauptproblem? Sind unsere Verfassung, unsere Schulgesetze, unsere Qualitätsrahmen und Lehrpläne so voller Restriktionen, dass die Demokratie an der Schule nicht atmen kann? Ich glaube das nicht. Das Entscheidende ist die Condition humaine - und mit der hat es an der Schule eine besondere Bewandnis. Wenn sich der Knabenführer und der Zögling entgegentreten, ist ihr Verhältnis durch die „funktionale Differenz“¹ wie verhext. Aufheben lässt sich der Bann dieser Asymmetrie nur dadurch, dass beide aus der tradierten Rolle heraustreten und sich als Menschen und Bürger begegnen. Das geht für beide am besten, wenn sich für sie die Schule nicht nur als eine Unterrichtsfabrik oder Berechtigungsmaschine darstellt, sondern als bedeutsamer gesellschaftlicher Ort.

Jeder Lehrer kennt die wundersamen Verwandlungen, die der junge Mensch in dieser Anstalt durchmacht: Es klingelt zur Stunde, und mein Oberstufenkurs schaltet in den kollektiven Standby-Modus, um Kräfte für den Abend zu sammeln. Es klingelt zur Pause, und ich kann mit Sonja wieder normal reden. - Wenn ich mit diesen jungen Menschen die Schule umkrepeln will, muss ich bereit sein, mit ihnen über diese sonderbaren Phänomene zu reden². Und ich muss mit dem alten Pauker in mir selbst in ein kritisches Zwiegespräch treten.

Wir brauchen also, mit anderen Worten, Lehrkräfte, die so stark sind, dass sie loslassen können, und so unerschrocken, dass sie mit machtneurotischen Autoritäten gelassen und gewitzt umgehen. Das zwölfte Gebot lautet bekanntlich: Du sollst deinen Vorgesetzten stets ehrlich beraten. Und das bedeutet auch: Hilf ihm, wenn er ein Problem mit sich hat.

Das bedeutet als

3. Schritt: Die eigene Schule als Staatsbaukasten benutzen

Lernen heißt erfinden, sagt Piaget, und der charmante Vorteil, den eine Institution hat, in der spielerisch Realität simuliert werden kann, liegt darin, dass am Ende niemand mehr genau weiß, ob es wirklich nur Spiel ist. Auch der Schulrat nicht. Warum sollte jemand etwas dagegen haben, wenn ein demokratisches Forum, das aus pädagogischen Gründen oder in didaktischer Absicht gebildet wurde, also als Spielwiese, handlungsleitend für ein gesetzliches Gremium wird? Es kann ja die strategische Klugheit dieses Gremiums sein, der Empfehlung des Forums zu folgen. Die Einrichtung einer effektiv Einfluss nehmenden Parallelstruktur ist nicht verboten; wenn an dieser Parallelstruktur auch noch - natürlich aus rein pädagogischen Gründen - Amtsinhaber beteiligt werden, dann kann ohne Rechtsverstoß die Demokratie gewaltig befördert werden. Heute beugen sich höchste Staatsorgane geduldig zu ganz kleinen NGOs hinunter, um eine Intelligenz aufzunehmen, die sie selber nicht haben. Davon kann die Schule lernen!

¹ „Unsere Schulen sind sehr autoritär geprägt“. Interview mit dem Bildungsforscher Edelstein, Nürnberger Nachrichten, 20.4.09, online.

² Die fehlende Metakommunikation Lehrer-Schüler über die Dilemmata der Schule ist nach meinem Dafürhalten ein wesentlicher Faktor für die Entstehung psychischer Probleme auf beiden Seiten.

Dazu braucht sie allerdings selbstbewusste Akteure. Das dürfte bei den freiheitsdurstigen Bayern kein Problem sein! Bei den Schülern mache ich mir da wenig Sorgen. Sie begreifen blitzschnell, wenn der Ernstfall da ist, und fahren im Nu aus dem Standby die Leistung hoch. Schüler können Schulen bauen. Was wir aber sowohl bei ihnen als auch bei Eltern und Lehrern brauchen, ist eine ganz neue Haltung der Schule gegenüber. Sie müssen sie zunächst mit den Augen des Abrissunternehmers betrachten und erst dann mit den Augen des Architekten.

Und um politische Architektur geht es in der Tat. Die neuen Schüler lernen: aus diesem Raum wird unser Klassenzimmer, wenn er zu Anfang leer ist und wir ihn dann Stück für Stück, im Dialog und in der Aushandlung, einrichten. Eine zutiefst politische Aktion ist das. Was für den Mikrokosmos gilt, das gilt auch für den Staat. Man kann z. B. dem Rechtsextremismus nur dann cool und rational entgegentreten, wenn man in sich ein ganz persönliches Konzept von freiheitlicher Republik hat, einen eigenen Standpunkt zur politischen Ordnung und eine fundierte Meinung zum Totalitarismus - gewissermaßen einen inneren Staat, den man dann als Folie auf den zu gestaltenden öffentlichen Raum legen kann.

Deshalb sollte eine Bewegung von Schulreformern keine Scheu haben, allgemeinste Staatsfragen zu erörtern und nach den persönlichen Wertvorstellungen der Beteiligten zu fragen. Außerdem sollte sie, auch aus politischer Klugheit, als

4. Schritt: Die innere Reform durch politische Bündnisse legitimieren

Es gibt nicht nur freiere und unfreiere Gesellschaften, sondern auch freiere und unfreiere Schulen. Und manche „ganz normalen“ Staatsschulen sind sogar freier als manche „Freien Schulen“. Viele Schulen sind weitaus weniger frei als sie sein könnten, wenn sie entsprechende politische Schritte machen würden. Manchmal sind sie auch zu sehr auf die Schulbürokratie fixiert und nehmen diese als den einzig wichtigen Akteur wahr. Dabei könnte ein konkurrierender Akteur (aus Wirtschaft, Medien, Politik usw.) dessen Einfluss deutlich schmälern. Die Willfährigkeit unserer Regierenden gegenüber der Wirtschaft hält ja an, auch nachdem sich herausgestellt hat, dass die Spielerkompetenzen nicht übermäßig entwickelt waren.

Das sollten Schulen auf dem Weg zu mehr Demokratie nutzen. Denn längst haben sich viele Unternehmen, Institutionen und Initiativen auf den Weg einer demokratischen Modernisierung gemacht. Das ist überhaupt eine der quälenden Fragen an die Schule der Republik: Bist du demokratischer als sie und insofern Vorbild, oder hinkst du hinter dem Fortschritt her? Wir erleben immer wieder junge Eltern aus progressiven Milieus, die bei der ersten Begegnung mit unserem Schulwesen einen politischen Schock erleiden und sich fragen, in welchem Land sie eigentlich leben.

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates, sagt das Grundgesetz, aber wie diese Aufsicht ausgestaltet wird, steht nicht im Grundgesetz. Denkbar sind partnerschaftliche Konstruktionen, wie sie von guten Schulinspektionen heute schon praktiziert werden. Die einzelne Schule, die heute im kommunalen Raum, bei Gewerkschaften, Universitäten oder Non-Profit-Unternehmen nach Partnern sucht und diese Partnerschaften mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit flankiert, kann ihre faktische Autonomie steigern, ohne dass ein einziger Paragraph geändert wird.

Wir können dann in einem

5. Schritt: Minimalia einer Schule der Demokratie definieren

Der bei Beltz 2006 erschienene Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik gibt dafür eine gute Vorlage ab. Wichtiger aber noch scheint mir zu sein, mit den Schulen in der Nachbarschaft in einen freundschaftlichen Wettbewerb über die Frage von Demokratiestandards einzutreten.

Wichtig ist, dass die Schulen sich gegenseitig in die Karten schauen. Dazu bedarf es eines Grundvertrauens und einer systematisch abgesicherten Kooperation, die es nicht bei punktuellen Höflichkeitsbesuchen belässt. Davon können die Vorzeigeschulen ein Lied singen: nichts treibt die Qualitätsentwicklung besser voran als das ständige Gespräch mit kritischen Beobachtern. Umgekehrt sind Schulen, die wenig von sich halten, auch weniger an Fortbildungen beteiligt.

Vorsichtig sollte man sein bei der Aufstellung starrer Kriterien, die dann für alle gelten. Aus demokratiepädagogischer Sicht lässt sich sicherlich sagen, dass

- die Schulklasse die Möglichkeit haben muss, ihre Meinungs- und Willensbildung in einem **Klassenrat** zu vollziehen;
- die Schule z.B. in Form von **Aushandlungsrunden** über Instrumente verfügen muss, Diskussionen auszutragen und Konsense zu erzielen;
- **Schülerfeedbacks** es den Lehrenden ermöglichen müssen, die Schülermeinung über Unterricht und Lehrerverhalten zu erfahren und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Dennoch bin ich jetzt gespannt darauf, von Ihnen zu erfahren, welches aus Ihrer Sicht die wichtigsten Minimalanforderungen an die demokratische Schule sind.

Kurt Edler

edler@degede.de
d 040-42 801 3752
m 0170-813 40 85